

100 Millionen Euro werden an der Saar-Uni investiert

DIVERSE BAUPROJEKTE

Bis 2023 werden an der Universität des Saarlandes mehr als 100 Millionen Euro in unterschiedliche Bauprojekte fließen. Mit Sanierungen und der Errichtung neuer Gebäude werde „vieles vorangetrieben“, erklärte Bauminister Klaus Bouillon bei der Vorstellung der Planungen. Der Neubau eines Praktikumsgebäudes für die Pharmazie kostet 18 Millionen Euro. Für ein Zentrum für Biophysik sind Kosten von 31 Millionen Euro angesetzt. Der Umbau der Gebäude für die chemische Institute schlägt mit 15,5 Millionen Euro zu Buche. Im Komplex der Geisteswissenschaften werden 41 Millionen Euro investiert. Zudem werden Straßen, Wege, Kanäle, Fernwärme und Elektroversorgung für 6,3 Millionen Euro erneuert. **red**

Bruttolöhne stiegen um 1,3 Prozent

ZAHLEN FÜR 2018

Der durchschnittliche Bruttoverdienst von Vollzeitbeschäftigten in der Saar-Wirtschaft lag 2018 mit Sonderzahlungen wie Urlaubs- oder Weihnachtsgeld bei durchschnittlich 3.992 Euro im Monat. Nach Angaben des Statistischen Amtes waren dies 1,3 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Beschäftigten im produzierenden Gewerbe verdienen im Schnitt 4.332 Euro, im Dienstleistungsgewerbe waren es 3.768 Euro. Zu den Niedrigverdienern zählen die Beschäftigten im Gastgewerbe mit 2.174 Euro. **red**

VdK will Erleichterungen

PFLEGE-HILFEN IM ALLTAG

Der Sozialverband VdK mahnt einfachere Regelungen für Pflegebedürftige an, damit diese besser Hilfen im Alltag nutzen können. Der Entlastungsbetrag für haushaltsnahe Dienstleistungen müsse leichter bei den Pflegekassen abgerufen werden können, erklärt VdK-Landeschef Armin Lang. Wollten Menschen mit niedrigem Pflegegrad, aber hohem Unterstützungsbedarf, derzeit den monatlichen Betrag von 125 Euro nutzen, fänden sie keinen Dienst, der den geringen Stundenumfang anbiete. **epd**



Gut betreut und früh gebildet – das soll für alle Kinder gelten.

Eltern müssen bald weniger bezahlen

KITA-BEITRÄGE Reduzierung beginnt ab August

Das Saarland hat nach Aussage von Bildungsminister Ulrich Commerçon noch nie so viel Geld für die frühkindliche Bildung bereitgestellt wie 2019 und 2020: Im Saar-Haushalt seien 120 Millionen Euro für dieses und 142 Millionen Euro für das nächste Jahr vorgesehen. Erstmals beteiligt sich der Bund nicht nur am quantitativen Ausbau, sondern mit dem Gute-KiTa-Gesetz auch an Qualitätsverbesserungen in KiTas. Bis 2022 fließen dadurch rund 65 Millionen Euro ins Saarland.

„Mit diesen Landes- und Bundesmitteln treiben wir den Ausbau von Betreuungsplätzen weiter voran, investieren noch mehr in die Qualität und entlasten junge Familien deutlicher, effektiver und schneller bei den Beiträgen“, meinte der Bildungsminister auf einer Pressekonferenz.

Commerçon kündigte an, mit der Reduzierung der Elternbeiträge schrittweise ab dem 1. August 2019 zu beginnen: Bis 2022 werde der Elternanteil um die Hälfte reduziert. Dafür stünden 93 Millionen Euro (45,5 vom Land, 47,5 Millionen vom Bund) zur Verfügung.

Der Hauptgeschäftsführer der Arbeitskammer, Thomas Otto, erklärte zur Senkung der Kita-Elternbeiträge, das sei ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Bildungsteilhabe. Otto forderte aber auch mehr „Gute Arbeit“ im KiTa-Bereich: „Nur mit flächendeckend besseren Arbeitsbedingungen kann den hohen Anforderungen an die frühkindliche Bildung adäquat begegnet werden.“ **red**

Für mehr Partizipation

GROSSREGION Bürger sollen mitreden dürfen

Der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans hat die Partizipation der Bürger als Kernelement der Großregion bezeichnet, die Luxemburg, Rheinland-Pfalz, Lothringen, die Wallonie und das Saarland umfasst. „Wir wollen ein Zentrum der Begegnung, der Freundschaft und des Zusammenhalts sein“, sagte er bei einer Auftaktveranstaltung zur saarländischen Gipfelpräsidentschaft der Großregion. Diese hatte das

Saarland am 30. Januar übernommen. Damals hatte die Staatskanzlei bereits angekündigt, Ziele der Präsidentschaft seien stärkere Bürgerbeteiligung und die Verdeutlichung der Chancen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Ende Januar hatte die saarländische Landesregierung zudem erklärt, sie wollen mit den anderen Regionen prüfen, ob eine interregionale Bauausstellung machbar sei. **epd**